

KURZANALYSE

Weltklimakonferenz zwischen Dynamik und Blockade: unzureichende Ergebnisse angesichts eskalierender Klimakrise

Was hat die COP30 erreicht? Eine Kurzanalyse

Der folgende Text bietet eine kurze Zusammenfassung und Bewertung der zentralen Dynamiken und Ergebnisse der COP30. Er basiert auf der Arbeit des Germanwatch COP30-Teams. Eine detaillierte Zusammenfassung und Bewertung aller Verhandlungsthemen wird Germanwatch im Dezember veröffentlichen.*

Schlüsselfragen und Konfliktlinien der COP30

Die COP30 hat das globale Ringen um die internationale Klimapolitik **wie unter einem Brennglas** offenlegt: Auf eine vielversprechende Anfangsdynamik folgte die erbitterte Blockade einiger weniger, aber relevanter Staaten, der dringend notwendige Entscheidungen verhinderte. Trotz einzelner Fortschritte blieben so die Ergebnisse hinter dem dringend erforderlichen Handlungsbedarf zurück. Zwischen dem absolut Notwendigen und dem derzeit politisch im Konsens Machbaren klafft weiterhin eine große Lücke. Es war die erste COP, seit der Internationale Gerichtshof die Klimaverpflichtungen der Staaten klar definiert hat – doch es bleibt noch sehr viel zu tun, damit die internationale Gemeinschaft diesen Verpflichtungen gerecht wird.

Zwei grundlegende Probleme hemmen die weltweite Klimapolitik. Zum einen hat sich um den inzwischen größten Ölstaat USA, oft koordiniert mit Russland und bisweilen Saudi-Arabien, ein Block von Staaten gebildet, der alles unternimmt, um das fossile Geschäftsmodell zu verlängern und – dabei häufig auch Demokratie und Zivilgesellschaft zu untergraben. Deren fossiles Geschäftsmodell steht erstmals seit Beginn der Industrialisierung durch den massiven Anstieg der Investitionen in erneuerbare Energien und die fortschreitende Elektrifizierung strukturell unter Druck.

Zum anderen zahlen in immer mehr Ländern die sehr Reichen nur noch für ihre eigene Infrastruktur und zeigen sich zunehmend unwillig, für ärmere Bevölkerungsgruppen im eigenen Land – geschweige denn international – Steuern zu entrichten. Dadurch geraten die gemeinsam vereinbarte Unterstützung für die globalen Armutsbekämpfungs- und Umweltziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie die internationale Klimafinanzierung massiv unter Druck; was nicht zuletzt zur weiteren Verschuldung armer Länder beiträgt.

Eine weitere Beschleunigung der globalen Energiewende wäre aber dringend geboten: Die Welt hat die 1,5°C-Gefahrschwelle – zumindest für einige Jahrzehnte – bereits überschritten. Die bis zur COP30 eingereichten neuen Klimaziele der Staaten genügen nicht, um die notwendige Temposteigerung im Klimaschutz zu erzeugen. Gleichzeitig schrumpfen die öffentlichen Haushalte für internationalen Klimaschutz und Entwicklungshilfe in den Industrieländern.

Umso erfreulicher war in den ersten neun Tagen des Klimagipfels, dass eine starke Dynamik entstand, einen Fahrplan für das Herunterfahren fossiler Energien innerhalb der nächsten zwei Jahre zu beschließen. Bereits rund 90 Staaten beteiligten sich daran, und viele Länder aus der Gruppe der ärmsten Staaten (Least Developed Countries, LDCs) wollten noch folgen. Doch das **Zusammenspiel der beiden Grundprobleme** verhinderte das notwendige Ergebnis. Die fehlende Handlungsfähigkeit der EU, angesichts gekürzter Klimabudgets verlässlich steigende Finanzausgaben für Anpassung und Transformation armer Länder zu machen, schadete ihrer Glaubwürdigkeit beim Aufbau von Allianzen erheblich. Gleichzeitig blockierte eine Allianz um Saudi-Arabien und Russland – diesmal unterstützt auch von China, Indien und Nigeria –, dass das Herunterfahren fossiler Energien im Abschlusstext auch nur klar beim Namen genannt werden konnte. Nach ihrem dynamischen Start litt die COP zudem unter mangelnder Transparenz und Prozessproblemen, bedingt durch eine brasilianische Präsidentschaft, die plötzlich ihre Souveränität verlor.

Schlüsselfragen nach diesem Klimagipfel lauten nun: Wie kann die EU die notwendige Handlungsfähigkeit gewinnen – gestützt durch ausreichend finanzielle Mittel –, um das ganze Jahr über wirkmächtige Süd-Nord-Allianzen aufzubauen, die die während der COP sichtbare Dynamik für einen beschleunigten Ausstieg aus fossilen Energien und für mehr Anpassung in die Tat umsetzen? Jede Beschleunigung beim Ausbau erneuerbarer Energien und bei der Elektrifizierung verringert zugleich die Einnahmen des fossilen Blocks. Auch die durch den Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) angestoßene Etablierung von CO₂-Preisregimen in immer mehr Ländern bietet eine **wichtige Ebene für internationale Kooperationen**. Wie kann zudem endlich national wie international das Verursacherprinzip konsequent umgesetzt werden? Nach den rechtlichen Impulsen des Internationalen Gerichtshofs, des Interamerikanischen Menschenrechtshofs und dem wichtigen Urteil des Oberlandesgerichts Hamm gegenüber RWE besteht eine neue Grundlage für solche Ansätze.

In Belém war es nach drei COPs in autoritären Staaten sehr wohltuend, den Rückenwind durch eine quicklebendige Zivilgesellschaft und viele indigene Gruppen zu spüren. Wichtig ist auch, dass die parallel mit dem Ende der COP veröffentlichte Abschlussdeklaration der G20 die Beschleunigung der globalen Energiewende, eine verstärkte Katastrophenvorsorge, den Umbau der Ernährungssysteme und das Abbremsen der Entwaldung unterstützt – wenn auch ohne die USA und Argentinien.

Das Tauziehen geht nach diesem Gipfel der ausgebremsten Dynamik weiter. 80 % der Menschen weltweit wünschen sich, dass ihre Regierungen stärkere Klimaschutzmaßnahmen ergreifen.¹ Gleichzeitig erzeugen die wachsende Wettbewerbsfähigkeit von Zukunftstechnologien und zunehmend die Gerichte positive Impulse. Engagement – sei es auf der Straße, von zukunftsorientierten Unternehmen, vor Gericht oder in der Politik – ist wichtiger denn je.

Schwächer als nötig: Keine klare Richtung für Emissionsreduktionen

Eine zentrale Aufgabe der in Belém versammelten Länder war es, eine gemeinsame **Antwort auf die unzureichende Ambition bei der Reduzierung der Emissionen in den neu eingereichten nationalen Klimaplänen** (Nationally Determined Contributions, NDCs) mit den Länderzielen zu vereinbaren. Im Verlauf der Verhandlungen wurde diese Antwort jedoch von schwach zu immer schwächer formuliert. Positiv hervorzuheben sind die Beschlüsse für einen „Global Implementation Accelerator“ sowie für die „Belém-Mission für 1,5 Grad“, die nun gestartet werden sollen. Doch Beschleuniger und Missionen allein werden nichts bewirken, wenn sie nicht in echte Finanzmittel und konkrete Maßnahmen für jene Länder umgesetzt werden, die am stärksten unter der Klimakrise leiden. Die EU und Deutschland müssen nun wirkmächtige

¹ UNDP, [80 percent of people globally want stronger climate action by governments according to UN Development Programme Survey](#), Pressemeldung, 20.06.2024 (Letzter Aufruf: 25. November 2025).

Koalitionen mit Ländern des Globalen Südens bilden und dabei sowohl finanzielle als auch technologische Unterstützung bereitstellen.

Die in der Abschlussentscheidung der COP30 nicht verwirklichten **Fahrpläne für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und den Schutz der Wälder** werden nun von der brasilianischen Präsidentschaft vorangetrieben. Zudem kündigten die Regierungen Kolumbiens und der Niederlande an, gemeinsam die erste internationale Konferenz zum gerechten Übergang weg von fossilen Brennstoffen auszurichten. Dies eröffnet weitere Chancen, die die EU und Deutschland aktiv nutzen sollten. Die EU sollte nun mit den Ländern zusammenarbeiten, die Fahrpläne für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen erarbeiten oder einen CO₂-Preis einführen möchten, und sie, wo nötig, unterstützen.

“Anpassungs“-COP ohne Durchbruch: Wichtige Bausteine, aber große Lücken

Obwohl die Amazonas-Klimakonferenz im Vorfeld als „Adaptation COP“ angekündigt wurde, erhielt das **Thema Anpassung** nicht die nötige politische Aufmerksamkeit. Zwar bietet das verabschiedete Anpassungspaket – bestehend aus Indikatoren, einem neuen Anpassungsfinanzierungsziel und einer Umsetzungsagenda – einen wichtigen Einstieg, es bleibt jedoch deutlich schwächer als nötig. Die zugesagten Gelder liegen weit unter dem, was angesichts rasant zunehmender Klimarisiken jenseits der 1,5°C-Schwelle erforderlich wäre.

Die COP30 lieferte zwar Ansatzpunkte für eine verbesserte Anpassung – damit jedoch das Anpassungsziel zu einem Hebel für eine wirksame Anpassung vor Ort wird, müssen die Indikatoren präzisiert und die Anpassungsfinanzierung tatsächlich zuverlässig bereitgestellt werden. Nach intensiven Verhandlungen wurden 59 der ursprünglich geplanten 100 Indikatoren zur Konkretisierung des Globalen Anpassungsziels (Global Goal on Adaptation - GGA) angenommen. Die neu etablierte Baku-Adaptation-Roadmap soll die Umsetzung vorantreiben, doch zentrale Fragen aus früheren COPs bleiben offen. Positiv hervorzuheben ist die Aufnahme von MOI-Indikatoren (Means of Implementation, insbesondere Indikatoren zu Finanzierung, aber auch zu Kapazitätsaufbau und Technologiekooperation) sowie die skizzierten politischen Abstimmungsprozesse, darunter die Belém-Addis-Vision. Unterm Strich bleibt jedoch klar: Die Indikatorenliste muss nach diesen politischen Beschlüssen von Expert:innen substantiell überarbeitet werden, damit das Anpassungsziel tatsächlich handlungsleitend werden kann.

Das Thema **Verluste und Schäden (L&D - Loss and Damage)** erhielt auf der COP30 kaum politische Aufmerksamkeit und wurde überwiegend auf technischer Ebene verhandelt. Zwar wurden einzelne Fortschritte erzielt, wie etwa der Abschluss der Überprüfung des Warschau-Mechanismus für Verluste und Schäden sowie der Beschluss eines L&D Status Quo Reports. Gut ist auch, dass der Fonds für Verluste und Schäden in die Umsetzungsphase geht und seinen ersten Call for Proposals veröffentlicht hat. Doch klare Aussagen zu den enormen Finanzbedarfen der Länder des Globalen Südens und zur notwendigen Aufstockung der Mittel fehlen. De facto bedeutet dies, dass jene Staaten und Gemeinschaften, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, weiterhin die Kosten der immer stärker werdenden Klimafolgen tragen müssen – das ist ein Rückschritt in einem der dringendsten Bereiche der internationalen Klimapolitik.

Just Transition Mechanism: Fortschritte, Lücken und offene Aufgaben

Die auf der COP gefällte Entscheidung, einen Mechanismus für einen gerechten Übergang (Just Transition Mechanism) zu entwickeln, ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Gleichzeitig befindet sich der Mechanismus noch in einem frühen Stadium. Er muss noch umgesetzt werden, und zentrale Aufgaben wie die Erfassung relevanter Prozesse und Institutionen stehen noch aus. Mehrere positive Elemente stechen hervor, darunter der explizite Bezug auf die 1,5-Grad-Grenze und die Einbeziehung indigener Gemeinschaften. Menschenrechtsaspekte finden sich erfreulicherweise in der gesamten Entscheidung wieder, und die Entwicklung von Übergangspfaden soll partizipativ erfolgen.

Gleichzeitig gibt es gravierende Lücken: Erneut wurde verhindert, dass der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in der Entscheidung erwähnt werden konnte, obwohl dieser für jeden glaubwürdigen gerechten Übergang unverzichtbar bleibt. Auch Hinweise auf kritische Rohstoffe fehlen, obwohl sie eine zentrale Rolle in den Dialogen und der weiteren Diskussion zum Übergang spielen. Geschlechteraspekte wurden im Vergleich zu früheren Entwürfen abgeschwächt. Diese Defizite zeigen, dass noch erhebliche Arbeit nötig ist, um sicherzustellen, dass der Mechanismus für einen gerechten Übergang in den kommenden Jahren ambitionierte, inklusive und wissenschaftlich fundierte Übergänge wirksam unterstützen kann.

Die Diskussion zum Thema Handel wurde aus dem Arbeitsprogramm für den gerechten Übergang entfernt. Sie wird in den nächsten zwei Jahren in Form einer Reihe von Dialogen fortgesetzt, an denen die Welthandelsorganisation (WTO) und andere Handelsorganisationen beteiligt sein werden.

Klimafinanzierung: Druck auf notwendige Mittel steigt

Im Vorfeld der COP30 war mit Spannung erwartet worden, wie die **Baku-to-Belém Roadmap** aussehen würde. Sie soll einen Vorschlag machen, wie die im Globalen Finanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance - NCQG) festgeschriebenen 1,3 Billionen USD bis zum Jahr 2035 erreicht werden können. Dieser Fahrplan wurde am 5. November und damit wenige Tage vor der COP vorgelegt. Aufgrund der späten Veröffentlichung wurde sie im Rahmen der COP kaum diskutiert und lediglich zur Kenntnis genommen – eine Lernerfahrung, die für zukünftige Roadmaps wichtig ist. Entschieden wurde lediglich ein hochrangiger Runder Tisch auf Minister:innenebene zum Weiterverfolgen des NCQG. Ein verbindlicher Umsetzungsplan fehlt weiterhin, was nun freiwillige Koalitionen von Ländern erfordert, die eine Vorreiterrolle übernehmen können. Eine wichtige Funktion hat auch der Zirkel der Finanzminister:innen, den die brasilianische COP-Präsidenschaft weiterverfolgen will und der ergänzend zur Koalition der Finanzminister:innen agieren sollte.

Bei der COP 30 wurden **wichtige, aber unzureichende Fortschritte bei der Anpassungsfinanzierung** erzielt. Beschlossen wurde ein neues Anpassungsfinanzierungsziel: die Verdreifachung der Mittel für Anpassungsmaßnahmen bis 2035 – allerdings ohne ein genau definiertes Referenzjahr und ohne die klare Nennung der zahlungspflichtigen Länder. Diese Unklarheiten führten bereits jetzt zu unterschiedlichen Interpretationen und verdeutlichten, wie schwierig die Umsetzung der Verdreifachung sein wird. Positiv hervorzuheben ist, dass der Artikel ein kontinuierliches Hochfahren der Mittel vorsieht, was reiche Länder ab sofort in Zugzwang bringt. Auch die mindestens Verdreifachung der Auszahlungen der UN-Klimafonds hat es in das Abschlussdokument geschafft. Die weit hinter den Notwendigkeiten zurückbleibenden Zusagen der Industrieländer für den Anpassungsfond und aller reichen Länder für den Fonds für Verluste und Schäden verstärken jedoch die Enttäuschung.

Lediglich für den von Brasilien außerhalb der offiziellen Verhandlungen gelaunchten Tropenwaldfonds (Tropical Forest Forever Facility, TFFF) konnten signifikante Zusagen erzielt werden. Nachdem Schwellenländer wie Brasilien und Indonesien bereits vor einigen Wochen Zusagen in Milliardenhöhe gemacht hatten, folgten im Laufe der COP u. a. Norwegen, Frankreich und – kurz nach den Diskussionen um die Äußerungen von Bundeskanzler Merz zum Gastgeberland – auch Deutschland.

Wichtig zu erwähnen sind auch die **neuen Verhandlungs- und Dialogformate zu Artikel 9 und Artikel 2.1c**. Im Vorfeld der COP gab es Bedenken wegen eines möglichen Streits um die Agenda, ausgelöst durch Artikel 9.1., der die Verantwortung der Industrieländer für die Bereitstellung von Klimageldern regelt. Die brasilianische COP-Präsidentschaft konnte diesen drohenden Konflikt verhindern. Gleichzeitig wurden deutliche Fortschritte beim Berichtswesen (Artikel 9.5) erzielt. Das Abschlussdokument sieht nun ein zweijähriges Verhandlungsprogramm für den gesamten Artikel 9 vor – Spannungen und Unsicherheiten in Bezug auf Artikel 9.1. bleiben somit zunächst bestehen. Bestätigt wurde auch die Relevanz von Artikel 2.1c, der betont, dass alle Finanzflüsse mit den Zielen für Temperaturbegrenzung und Anpassung in Einklang gebracht werden müssen. Es gilt nun entscheidend, die Umsetzung konsequent voranzutreiben; hierfür soll es weitere Dialogformate geben, auch im Zusammenspiel mit Artikel 9.

Ausblick: Reformbedarf der UNFCCC und COP31

Die COP30 hat unmissverständlich gezeigt, dass der internationale Klimaprozess an einem Wendepunkt steht. Wenn die Staaten tatsächlich vom Verhandeln ins Handeln kommen wollen, ist eine strukturelle Erneuerung der UNFCCC unverzichtbar. Vor allem das Konsensprinzip erweist sich zunehmend als zentrale Hürde: Trotz der klaren Unterstützung von über 90 Ländern konnte ein ambitioniertes Ergebnis zum Ausstieg aus fossilen Energien erneut von wenigen Staaten blockiert werden. Bleibt die UNFCCC in diesem Modus, droht sie in einer Phase eskalierender Klimarisiken an Relevanz zu verlieren. Zehn Jahre nach Verabschiedung des Pariser Abkommens muss sich die Architektur des Prozesses weiterentwickeln – weg vom reinen Aushandeln immer neuer Kompromisse, hin zu wirksamer Umsetzung, konsequenter Überwachung und belastbarer Rechenschaftspflicht. Eine solche Neuausrichtung gelingt jedoch nur durch echte Reformen. Dazu gehört die Überprüfung der Entscheidungsregeln, insbesondere des Konsensprinzips, ebenso wie die Anpassung der Frequenz und Formate der Verhandlungen, um die Handlungsfähigkeit des Prozesses zu sichern. Mehrere Länder – darunter insbesondere lateinamerikanische und karibische Staaten – haben entsprechende Reformansätze bereits auf der COP eingebracht und verdeutlicht, dass der politische Rückhalt dafür wächst. Allerdings sollte man nicht erwarten, dass sich dieses Problem im Rahmen der UNFCCC lösen lässt, da dort Änderungen nur im Konsens beschlossen werden können – und genau das wird seit 1992 von Saudi-Arabien und einigen anderen Staaten blockiert. Auf der UN-Generalversammlung hingegen können Entscheidungen mit Mehrheit getroffen werden, wodurch sich möglicherweise eine realistische Handlungsoption ergibt.

Parallel dazu müssen die Staaten ihre nationalen Verpflichtungen stärken. Die jüngsten Klarstellungen des Internationalen Gerichtshofs setzen hierfür einen klaren Rahmen: Länder müssen nun Verantwortung nach dem Verursacherprinzip übernehmen – etwa durch die Einführung neuer Abgaben zur Mobilisierung von Mitteln für Anpassung sowie für den Umgang mit Verlusten und Schäden.

Die nächste COP findet nach langer Diskussion in einer außergewöhnlichen Konstellation statt: Die Türkei übernimmt die Präsidentschaft, während Australien die neu geschaffene Rolle der „Presidency of the Negotiations“ innehat. Eine neue Struktur, die viele neue Reibungspunkte schaffen kann, und in der sich die beiden Länder nun schnell organisieren müssen, um effektive Prozesse hin zur COP31 zu schaffen.

**Das Germanwatch COP30-Team (in alphabetischer Reihenfolge): Lina Adil, Christoph Bals, Katharina Brandt, Jan Burck, Lalit Chennamaneni, David Eckstein, Julia Grimm, Katharina Hierl, Vera Künzel, Petter Lydén, Magdalena Mirwald, Giovanni Pradipta, David Ryfisch, Laura Schäfer, Lisa Schultheiß, Rixa Schwarz, Ute Sudmann, Thea Uhlich.*

Autor:innen: Laura Schäfer, Christoph Bals, Petter Lydén, Ute Sudmann, David Ryfisch

Redaktion: Nikola Klein

Zitiervorschlag: Schäfer et al., 2025, Weltklimakonferenz zwischen Dynamik und Blockade. Unzureichende Ergebnisse angesichts eskalierender Klimakrise, www.germanwatch.org/de/93355.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: www.germanwatch.org/de/93355

25. November 2025

Herausgeber: Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: www.germanwatch.org

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: info@germanwatch.org

Mit finanzieller Unterstützung von Brot für die Welt. Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.

Brot
für die Welt

